

Beck'sches Mandatshandbuch **Zivilrechtliche Berufung**

7. Auflage 2023
ISBN 978-3-406-79153-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Doukoff
Beck'sches Mandatshandbuch
Zivilrechtliche Berufung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Form ist die geschworene Feindin der Willkür,
die Zwillingschwester der Freiheit.

Rudolf v. Jhering, Der Geist des römischen Rechts


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beck'sches
Mandats
Handbuch

Zivilrechtliche Berufung

von

Norman Doukoff, M. A.

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
7., völlig neubearbeitete Auflage 2023



C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Doukoff ZivilR-Berufung Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79153 6

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur siebten Auflage

Seit der Voraufgabe sind fünf Jahre vergangen. Zahlreiche Gesetzesänderungen, Entscheidungen und wissenschaftliche Abhandlungen, aber auch neue Einsichten gaben Anlass, das Buch wieder vollständig zu überarbeiten.

Eingearbeitet wurden insbesondere die Änderungen der Zivilprozessordnung zum 1.1.2020, das Inkrafttreten der aktiven Benutzungspflicht des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) zum 1.1.2022 (was umfangreiche Änderungen im Text zur Folge hatte) sowie die ab dem 1.7.2022 geltende neue EuBVO. Vertieft wurden unter anderem die Ausführungen zur Beweisaufnahme und Beweiswürdigung sowie zum neuen Vortrag in der Berufungsinstanz.. Die Hinweise zu weiterführender Literatur wurden aktualisiert, das Literaturverzeichnis, der Belegapparat und das Stichwortverzeichnis überarbeitet. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand 1.2.2023, spätere Entwicklungen sind, soweit es die Drucklegung erlaubte, eingearbeitet worden.

Danken möchte ich wiederum zuallererst meiner Frau, Rechtsanwältin Beate Doukoff, für erneute Verbesserungsvorschläge und nicht zuletzt für die geopfert gemeinsame Zeit. Ihr widme ich diese letzte von mir alleine verantwortete Auflage. Danken möchte ich meinem Freund RiVGH a. D. Ramón Grote (Dachau) dafür, dass er mir wieder seine umfassende und laufend aktualisierte leitsatzartige Auswertung der gesamten höchstrichterlichen Rechtsprechung zum rechtlichen Gehör überlassen hat. Ein weiterer Dank gilt Herrn Rechtsanwalt Dr. Wulf Gravenhorst (Düsseldorf) für den Meinungsaustausch über das arbeitsgerichtliche Verfahren und die zahlreichen Rechtsprechungshinweise. Mein Dank gilt nicht zuletzt dem Verlag C. H. Beck für die Ermöglichung einer Neuauflage und Herrn Dr. Frank Lang dafür, dass er dieses Buch über nun 20 Jahre mit großem Engagement und Verständnis betreut hat.

Aktualisierungen finden sich wie für die Voraufgabe unter <https://zivilrechtliche-berufung.de/html/aktualisierungen.html>.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge, die stets sorgfältig geprüft und meist auch aufgegriffen werden, bin ich auch in Zukunft dankbar. Sie können an den Verlag, aber auch direkt an mich unter der Adresse mitteilung@zivilrechtliche-berufung.de gesandt werden.

München, im Februar 2023

Norman Doukoff

Aus dem Vorwort zur vierten Auflage

Das vorliegende Buch [...] möchte zu allererst dem Anwalt bei der Bearbeitung eines berufsrechtlichen Mandats konkrete Hilfe bieten; darüber hinaus soll es allen anderen mit dem zivilprozessualen Berufsrecht Befassten als aktuelles Nachschlagewerk dienen.

[...]

Eine an den Bedürfnissen des anwaltlichen Praktikers ausgerichtete Darstellung muss auch Handlungsspielräume aufzeigen. Dabei sind aber Einseitigkeiten zu vermeiden; konfrontative Strategien in Anlehnung an die Konfliktverteidigung oder minimalistische Ausrichtung an dem, was möglicherweise vom Bundesgerichtshof gerade noch toleriert wird, können nicht Leitlinien verantwortungsbewussten und sachorientierten anwaltlichen Handelns sein.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungen	XXV
Literatur	XXXIII
Einleitung	1
1. Teil. Die Vorbereitung der Berufung	
§ 1 Vorbereitende Maßnahmen in der ersten Instanz	3
§ 2 Prüfung der Zulässigkeit	71
§ 3 Berufungsfrist und Berufungsgericht	96
§ 4 Klärung der Berufungsziele und des Berufungsumfangs	114
2. Teil. Klärung der Berufungsgründe	
§ 5 Der Berufungsgrund der fehlerhaften Rechtsanwendung	131
§ 6 Der Berufungsgrund der unrichtigen Tatsachenfeststellung	149
§ 7 Der Berufungsgrund der neuen Angriffs- oder Verteidigungsmittel	239
3. Teil. Abschluss der Berufungsvorbereitung	
§ 8 Prüfung kostenrechtlicher Aspekte	255
§ 9 Prüfung vollstreckungsbezogener Maßnahmen	270
§ 10 Die Beratung durch den Anwalt	276
4. Teil. Berufungseinlegung und -begründung	
§ 11 Die Berufungsschrift	285
§ 12 Die Berufungsbegründungsfrist	301
§ 13 Die Berufungsbegründungsschrift	316
5. Teil. Verwerfung und Zurückweisung der Berufung	
§ 14 Die Verwerfung der Berufung	353
§ 15 Die Zurückweisung der Berufung	356
6. Teil. Die Verteidigung des Berufungsbeklagten	
§ 16 Die Berufungserwiderung	393
§ 17 Die Anschlussberufung	396
7. Teil. Die Berufungsverhandlung	
§ 18 Die Vorbereitung der Verhandlung durch das Gericht	413
§ 19 Der Ablauf der Verhandlung	415
§ 20 Das Versäumnisverfahren	418
8. Teil. Besondere Formen der Verfahrensbeendigung	
§ 21 Der Berufungsverzicht	421
§ 22 Die Berufungsrücknahme	424
§ 23 Das Anerkenntnis	429
	VII

Inhaltsübersicht

§ 24 Die Erledigung	430
§ 25 Der Prozessvergleich	434

9. Teil. Die Vorbereitung der Revision

Anhang: Muster	451
Sachverzeichnis	475


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungen	XXV
Literatur	XXXIII

Einleitung	1
-------------------------	----------

1. Teil. Die Vorbereitung der Berufung

§ 1 Vorbereitende Maßnahmen in der ersten Instanz	3
A. Sachgerechte Klageerhebung und -erwidern	3
I. Sachanträge	3
Exkurs: Die Teilschmerzensgeldklage	4
II. Umfang des Sachvortrags	7
1. Keine Rückkehr der Eventualmaxime	7
2. Grundsätzliches zum Sachvortrag	10
3. Substantiierung und Schlüssigkeit	12
a) Substantiierung	12
b) Schlüssigkeit	15
III. Beachtung der Präklusionsregeln	16
1. Die Präklusion fristwidrigen Vorbringens (§ 296 Abs. 1 ZPO)	17
a) Vorliegen von Angriffs- oder Verteidigungsmitteln	17
b) Verspätung	18
aa) Präklusionsbegründende Fristen	18
bb) Ordnungsgemäße Fristsetzung	20
cc) Fristversäumung	22
c) Verzögerung	22
d) Verschulden	27
2. Die Präklusion verspäteten Vorbringens (§ 296 Abs. 2 ZPO)	28
3. Die Präklusion verspäteter Zulässigkeitsrügen (§ 296 Abs. 3 ZPO)	30
4. Die Präklusion im Versäumnisverfahren (§ 340 Abs. 3 ZPO)	31
5. Die Präklusion durch den Verhandlungsschluss (§ 296a ZPO)	32
6. Wirkung der Zurückweisung	33
IV. Rechtsausführungen	33
V. Verfahrensanträge	36
1. Vollstreckungsschutzantrag	36
a) Notwendigkeit	36
b) Form	37
2. Antrag auf Zulassung der Berufung	38
a) Allgemeiner Zivilprozess	38
aa) Die Zulassungsgründe	38
bb) Anwaltliche Vorgehensweise	38
b) Arbeitsgerichtsprozess	40
c) Berichtigung und Ergänzung der Nichtzulassung	40
aa) Allgemeiner Zivilprozess	40
bb) Arbeitsgerichtsprozess	40
d) Anfechtung der Nichtzulassung	41

Inhaltsverzeichnis

B. Mitwirken in der Beweisaufnahme und Schlusserörterung	42
I. Mitwirken in der Beweisaufnahme (§§ 284; 355–357; 361–484 ZPO)	42
1. Laufende Beachtung des § 295 ZPO	42
2. Ausübung des Fragerechts	42
3. Kontrolle der Aussagenprotokollierung	47
4. Antrag auf Vereidigung eines Zeugen	47
II. Mitwirken an der sog. Schlusserörterung (§§ 279 Abs. 3; 285 Abs. 1 ZPO)	48
1. Die Erörterungspflicht des Gerichts	48
a) Adressat der Verpflichtung	48
b) Zeitpunkt der Erörterung	48
c) Gegenstand der Schlusserörterung	48
aa) Erörterung des Sach- und Streitstandes	48
bb) Erörterung des Ergebnisses der Beweisaufnahme	48
2. Handlungsmöglichkeiten der Parteien	51
3. Bedeutung für die Berufung	53
C. Überprüfung des Protokolls und des Urteilstatbestands	55
I. Überprüfung des Protokolls	55
1. Bedeutung des erstinstanzlichen Protokolls für das Berufungsverfahren	55
2. Verfahren	55
3. Anfechtung	55
II. Überprüfung des Urteilstatbestands	56
1. Gegenstand der Beweiskraft	56
2. Positive und negative Beweiskraft	57
a) Die positive Beweiskraft	57
b) Die negative Beweiskraft	57
aa) Der traditionelle Standpunkt	57
bb) Der Standpunkt des V. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs	57
cc) Gegenwärtiger Meinungsstand	58
dd) Stellungnahme	59
3. Widerlegung der Beweiskraft	62
4. Die Bedeutung des Tatbestands für das Berufungsverfahren	62
a) Bestimmung des Prozessstoffs (§ 529 Abs. 1 Nr. 1 ZPO)	62
b) Bestimmung der Neuheit eines Vortrags (§ 529 Abs. 1 Nr. 2 ZPO)	62
c) Dokumentation richterlicher Hinweise gemäß § 139 ZPO	62
5. Die Tatbestandsberichtigung	63
a) Grundsätzliches	63
b) Frist und Form	64
aa) Frist	64
bb) Form → Muster 1	65
c) Die Entscheidung	65
aa) Zuständigkeit	65
bb) Verfahren und Entscheidung	67
cc) Rechtsbehelfe	67
d) Haftungsrechtlicher Hinweis	67
e) Gebührenrechtlicher Hinweis	68
D. Herbeiführung einer Urteilsergänzung (§ 321 ZPO)	68
I. Anwendungsbereich	68
1. Allgemeiner Zivilprozess	68
2. Arbeitsgerichtsprozess	69
II. Verfahren	69
1. Allgemeiner Zivilprozess	69

Inhaltsverzeichnis

2. Arbeitsgerichtsprozess	70
III. Verfassungsrechtliche Bedeutung	70
E. Verschiebung der Urteilszustellung → Muster 2	70
§ 2 Prüfung der Zulässigkeit	71
A. Statthaftigkeit	71
I. Die Hauptsacheentscheidung eines Endurteils	71
1. Verzichtsurteile (§ 306 ZPO)	71
2. Anerkenntnisurteile (§ 307 ZPO)	72
3. Ergänzungsurteile (§ 321 ZPO)	72
4. Versäumnisurteile (§§ 330; 331 ZPO)	72
a) Das erste Versäumnisurteil	72
b) Das zweite Versäumnisurteil	73
c) Problemfälle	74
5. Zwischenurteile (§§ 280 Abs. 2 S. 1; 302 Abs. 3, 599 Abs. 3; 304 Abs. 2 Hs. 1 ZPO)	75
6. Schlussurteile	75
7. Wohnraumräumungsurteile	76
8. Vorentscheidungen im ersten Rechtszug (§ 512 ZPO)	77
II. Die Kostenentscheidung	80
III. Die vorläufige Vollstreckbarkeit	81
IV. Sonderfälle	81
1. Nichturteile	81
2. Nichtigurteile	82
3. Scheinurteile	84
4. Noch-nicht-Urteile	85
B. Überschreiten des Werts des Beschwerdegegenstands oder Zulassung	86
I. Die Wertberufung	86
1. Der Begriff des „Werts des Beschwerdegegenstands“	86
a) Beschwer	86
b) Wert der Beschwer, Wert des Beschwerdegegenstands und Rechtsmittelstreitwert	90
2. Der erforderliche Wert des Beschwerdegegenstands	91
a) Grundsatz	91
b) Ausnahmen	92
3. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen des erforderlichen Werts des Beschwerdegegenstands	93
II. Die Zulassungsberufung	94
C. Die sog. Ausnahmeberufung	94
§ 3 Berufungsfrist und Berufungsgericht	96
A. Die Berufungsfrist	96
I. Dauer	96
II. Beginn	96
1. Normalfall	96
a) Allgemeiner Zivilprozess	96
b) Arbeitsgerichtsverfahren	96
2. Sonderfälle	97
a) Berichtigung und Tatbestandsberichtigung	97
b) Ergänzungsurteil	98
c) Fehlende oder unwirksame Zustellung	98
d) Insolvenzverfahren	100

Inhaltsverzeichnis

III. Ende	100
IV. Verlängerung	102
V. Die Wiedereinsetzung → Muster 4	102
VI. Umdeutung einer verfristeten oder sonst mangelhaften Berufung	108
B. Das Berufungsgericht	108
I. Die Berufungsgerichte im Allgemeinen	108
1. Berufungen gegen amtsgerichtliche Urteile	108
2. Berufungen gegen erstinstanzliche landgerichtliche Urteile	109
3. Berufungen gegen Urteile der Arbeitsgerichte	109
4. Berufungen gegen Urteile der Nichtigkeitssenate des Bundespatentgerichts	109
II. Auswärtige Spruchkörper	109
III. Besonderheiten bei Zuständigkeitskonzentrationen	109
§ 4 Klärung der Berufungsziele und des Berufungsumfangs	114
A. Akteneinsicht	114
I. Prozessuale Bedeutung	114
II. Art und Weise der Akteneinsicht	115
1. Akteneinsicht bei herkömmlicher Aktenführung in Papierform	115
2. Akteneinsicht bei elektronischer Aktenführung	115
3. Kosten	116
B. Klärung der Berufungsziele	116
C. Klärung des Berufungsumfangs	117
I. Erweiterung des Streitstoffs	117
1. Grundsätze	117
2. Besondere Regeln	119
a) Keine isolierte Klageänderung	119
b) Präklusionsrechtliche Beschränkungen von Klageänderung, Widerklage und Aufrechnung in der Berufungsinstanz	120
aa) Anwendungsbereich	121
bb) Voraussetzungen	122
II. Abstandnahme vom Urkundenprozess	124
III. Parteierweiterung und Parteiwechsel	125
1. Die Parteierweiterung	125
2. Der Parteiwechsel	126
a) Normalfall des Parteiwechsels	126
b) Berufungseinlegung und/oder -begründung durch einen Dritten	126
aa) Berufungseinlegung durch eine Nichtpartei	126
bb) Berufungsbegründung durch eine Nichtpartei	128
IV. Sonderfall: § 124 Abs. 1 VVG	128
1. Grundsätzliches	128
2. Einzelfragen	128
a) Personale Reichweite der Rechtskrafterstreckung	128
b) Verfahrenskonstellationen	129
3. Praxishinweis	130
2. Teil. Klärung der Berufungsgründe	
§ 5 Der Berufungsgrund der fehlerhaften Rechtsanwendung	131
A. Verletzung des materiellen Rechts	133
B. Verfahrensfehler	134
I. Von Amts wegen zu beachtende Verfahrensvorschriften	134

Inhaltsverzeichnis

1. Generell von Amts wegen zu beachtende Verfahrensvorschriften	134
2. Verstöße gegen Rechtsweg- und Zuständigkeitsnormen	135
II. Nicht von Amts wegen zu beachtende und verzichtbare Verfahrensvorschriften	138
1. Grundsätze	138
2. Die Verfahrensrüge der Verletzung der Hinweispflicht	139
a) Grundsätzliches zum Verhältnis von § 139 ZPO zu Art. 103 Abs. 1 GG	139
b) Allgemeiner Zivilprozess	139
c) Arbeitsgerichtsprozess	147
aa) Allgemeine Hinweispflicht	147
bb) Hinweispflicht nach § 6 S. 2 KSchG	147
III. Kausalität	148
§ 6 Der Berufungsgrund der unrichtigen Tatsachenfeststellung	149
A. Erinstanzlich „festgestellte Tatsachen“	149
I. Zum Sprachsinn des Tatbestandsmerkmals „festgestellte Tatsachen“	149
II. Das Tatbestandsmerkmal „festgestellte Tatsachen“ im System der Zivilprozessordnung	151
1. Grundsätzliches	151
a) Die Definition des Bundesgerichtshofs	151
b) Kritik der Definition	151
aa) Fehlverständnis des § 286 Abs. 1 ZPO	151
bb) Fehlverständnis der §§ 291; 288, 138 Abs. 3 ZPO sowie der gesetzlichen Vermutungen und Beweis- und Auslegungsregeln	151
2. Parteivorbringen	157
B. Konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit	157
I. Übergehen oder Verkennen von Parteivortrag	158
1. Übergehen von Parteivortrag	158
2. Verkennen von Parteivortrag	158
II. Verkennen der Beweislast	159
III. Übergehen von Beweisanträgen	160
1. Die Ablehnung von Beweisanträgen	160
a) Ablehnungsgründe	160
b) Form der Ablehnung	160
c) Folgen einer fehlerhaften Ablehnung	161
2. Die einzelnen Ablehnungsgründe	162
a) Fehlende Beweiserhebungsbedürftigkeit	162
b) Unzulässigkeit oder Unmöglichkeit der Beweiserhebung	167
3. Die Beweisaufnahme von Amts wegen	176
a) Grundsätzliches	176
aa) Amtswegige Beweisaufnahme und Beibringungsgrundsatz	176
bb) Rechtsvergleichende Überlegungen	178
b) Das richterliche Ermessen	179
c) Einzelfälle	179
aa) Urkundenbeweis	179
bb) Augenschein	181
cc) Sachverständigenbeweis	181
dd) Einholung amtlicher Auskünfte	182
ee) Ermittlung fremden Rechts etc	182
ff) Parteivernehmung	183
IV. Fehlerhafte Beweisaufnahme	184
1. Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	184
a) Grundsätzliches	184

Inhaltsverzeichnis

b) Fälle der Parteianhörung von Amts wegen	185
c) Arbeitsgerichtsprozess	188
2. Nichtbeteiligung der Sachverständigen an der Parteianhörung/-vernehmung und Zeugeneinvernahme	189
3. Fehlerhafte Behandlung von Privatgutachten	189
V. Fehlerhafte Beweiswürdigung	192
1. Der Begriff des Beweiswürdigungsfehlers	193
2. Anforderungen an die äußere Form der Beweiswürdigung	194
3. Die inhaltliche Seite der Beweiswürdigung	195
a) Beweismaß	195
aa) Vollbeweis (§ 286 Abs. 1 S. 1 ZPO)	195
bb) Schätzung (§ 287 ZPO)	197
cc) Gesetzliche Beweisregeln (§ 286 Abs. 2 ZPO)	198
dd) Plausibilität (§ 84a Abs. 1 S. 1 AMG)	198
b) Gesamtschau	198
4. Einzelheiten zur inhaltlichen Seite der Beweiswürdigung	199
a) Parteivortrag und -verhalten	199
aa) Beweisvereitelung	200
bb) Bewusst unzureichend substantiiertes Bestreiten	203
cc) Verstöße gegen die Wahrheitspflicht (§ 138 Abs. 1 ZPO)	203
dd) Erteilung von Falschinformationen	203
ee) Verweigerung einer Antwort oder Auskunft	203
ff) Nichtvorlage nach § 142 ZPO angeforderter Unterlagen	203
gg) Unentschuldigtes Ausbleiben einer geladenen Partei	204
hh) Wechselnder Parteivortrag	204
b) Zeugen	204
aa) Grundsätzliches	204
bb) Einzelfragen	206
c) Augenschein	212
d) Sachverständigengutachten	212
aa) Formale Sachkompetenz des Sachverständigen	217
bb) Einhaltung der formalen Standards	220
cc) Vollständige und richtige Verwertung der Anknüpfungstatsachen	224
dd) Gesetzmäßigkeit der Befunderhebung	225
ee) Richtigkeit der dem Gutachten zugrundeliegenden juristischen Vorstellungen	226
ff) Vollständigkeit, Schlüssigkeit und Nachvollziehbarkeit der Argumentation	228
e) Urkundenbeweis	231
f) Fehlerhafte Behandlung des Anscheinsbeweises	231
aa) Rechtsnatur des Anscheinsbeweises	231
bb) Voraussetzungen des Anscheinsbeweises	232
cc) Hauptfehler bei der Anwendung des Anscheinsbeweises	234
g) Unvereinbarkeit mit „lediglich bei dem Berufungsgericht gerichtskundigen Tatsachen“	234
C. Zweifel	234
I. Die Vorstellungen des Reformgesetzgebers	235
II. Die Praxis	235
D. Gebotensein neuer Feststellungen	236
§ 7 Der Berufungsgrund der neuen Angriffs- oder Verteidigungsmittel	239
A. Die vertikale (instanzübergreifende) Präklusion	239
I. Das Novenrecht im Allgemeinen	239

II. Die einzelnen Präklusionstatbestände	240
1. Sog. altes Vorbringen	240
2. Neuer Tatsachenvortrag	240
a) Allgemeiner Zivilprozess	240
aa) § 531 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 2 ZPO	240
bb) § 531 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 ZPO	241
b) Arbeitsgerichtsverfahren	251
3. Verzichtbaren Zulässigkeitsrügen	251
4. Klageänderung, Widerklage und Aufrechnung	252
5. Verfahrensrügen	252
B. Die horizontale (berufungsinstanztliche) Präklusion	252
I. Die Pflichten des Berufungsklägers	252
II. Die Pflichten des Berufungsbeklagten	253
3. Teil. Abschluss der Berufungsvorbereitung	
§ 8 Prüfung kostenrechtlicher Aspekte	255
A. Kosten	255
I. Der Streitwert	255
II. Kostentragung	255
III. Die Höhe der Kosten und Gebühren	257
B. Kostenrisikomindernde Maßnahmen	257
I. Berufungseinlegung „zur Fristwahrung“	257
1. Zulässigkeit	257
2. Kostenerstattungspflicht bei späterer Berufungsrücknahme	257
II. Stellung eines Teilantrags	258
1. Der Teilantrag mit umfassender Begründung	258
2. Die sog. fingierten Anträge	259
C. Kostentragung durch Dritte	260
I. Kostendeckung durch die Rechtsschutzversicherung	260
1. Grundsätzliches	260
2. Rechtsschutzversicherung und Prozesskostenhilfe	261
II. Prozesskostenhilfe	261
1. Berufungseinlegung unter gleichzeitiger oder nachfolgender Beantragung von Prozesskostenhilfe	261
2. Beantragung von Prozesskostenhilfe und „beabsichtigte Berufung“	262
3. Berufung „falls Prozesskostenhilfe bewilligt wird“ o. ä.	262
4. Berufung „mit der Bitte, sie bis zur Entscheidung über die Prozesskostenhilfebewilligung zu den Akten zu nehmen“ oder Ähnliches	263
5. Isolierter Prozesskostenhilfeantrag → Muster 3	263
a) Antragstellung	263
b) Weiterer Verfahrensgang	266
aa) Entscheidung vor Ablauf der Berufungsfrist	266
bb) Entscheidung nach Ablauf der Berufungsfrist, aber vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist	266
cc) Entscheidung nach Ablauf der Berufungs- und Berufungsbegründungsfrist	267
III. Kostendeckung durch sonstige private Dritte	269
§ 9 Prüfung vollstreckungsbezogener Maßnahmen	270
A. Ergänzung des Urteils	270
B. Vorabentscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit (§ 718 ZPO)	270
XV	

Inhaltsverzeichnis

I. Voraussetzungen	270
II. Entscheidung	271
III. Gebührenrechtlicher Hinweis	271
C. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung (§§ 719 Abs. 1 S. 1, 707 Abs. 1 ZPO)	271
I. Zulässigkeit	271
II. Formalien	272
1. Formulierungsvorschlag	272
2. Notwendigkeit einer Berufungsbegründung	272
III. Materielle Voraussetzungen und Erfolgsaussichten	272
IV. Entscheidung und Anfechtbarkeit	273
V. Gebührenrechtlicher Hinweis	273
D. Unbedingtheitserklärung (§ 537 Abs. 1 ZPO)	273
I. Anwendungsbereich des § 537 Abs. 1 ZPO	273
1. Allgemeiner Zivilprozess	273
2. Arbeitsgerichtsprozess	273
II. Der Antrag	274
III. Gebührenrechtlicher Hinweis	274
1. Gebührentatbestand	274
2. Gebührenhöhe	275
3. Gegenstandswert	275
§ 10 Die Beratung durch den Anwalt	276
A. Die Beratungspflicht	276
B. Art und Weise der Beratung	278
I. Nachdrücklichkeit der Beratung	278
II. Form	280
III. Herbeiführung einer definitiven Entscheidung des Mandanten	280
C. Gebühren	282
I. Übersendung und Besprechung des Urteils durch den erstinstanzlichen Anwalt	282
II. Beratung über die Erfolgsaussichten einer Berufung	283
1. Prüfung der Erfolgsaussichten einer Berufung, VV 2100 RVG	283
a) Gebührentatbestand	283
b) Gebührenhöhe	283
c) Gegenstandswert	283
2. Schriftliches Gutachten über die Erfolgsaussichten einer Berufung, VV 2101 RVG	283
a) Gebührentatbestand	283
b) Gebührenhöhe	283
III. Gutachtliche Äußerung anlässlich der Übersendung der Handakten an den Rechtsanwalt der Berufungsinstanz	283
1. Gebührentatbestand	283
2. Gebührenhöhe	284
IV. Beratung im Rahmen eines Berufungsmandats	284
1. Gebührentatbestand	284
2. Gebührenhöhe	284
4. Teil. Berufungseinlegung und -begründung	
§ 11 Die Berufungsschrift	285
A. Muster	285

Inhaltsverzeichnis

B. Erläuterungen	286
I. Adressat	286
II. Bezeichnung der Parteien und Angabe der Parteirollen	286
1. Bezeichnung der Parteien	286
2. Angabe der Parteirollen	287
a) Grundsätzliches	287
b) Sonderfälle	288
III. Angabe des Prozessbevollmächtigten des Berufungsbeklagten	289
IV. Kurzbezeichnung des Streitgegenstands (Betreff)	289
V. Bezeichnung des angefochtenen Urteils und des erstinstanzlichen Gerichts	289
1. Bezeichnung des angefochtenen Urteils	290
2. Bezeichnung des erstinstanzlichen Gerichts	291
VI. Erklärung, dass Berufung eingelegt wird ebenda	291
VII. Berufungsanträge und Berufungsbegründung	292
1. Grundsätzliches	292
2. Notwendigkeit einer sofortigen Begründung	292
VIII. Beifügung einer Urteilsausfertigung/beglaubigten Abschrift	294
IX. Abschriften der Berufungsschrift	295
X. Unterzeichnung durch einen zugelassenen Rechtsanwalt	295
1. Zugelassener Rechtsanwalt	295
a) Berufungseinlegung durch eine Partei	295
b) Unterzeichnung durch angestellten Rechtsanwalt	295
c) Unterzeichnung durch Syndikusrechtsanwalt	295
d) Unterzeichnung durch Verbandsvertreter	295
2. Formalien der Unterzeichnung	296
a) Grundsätzliches	296
b) Die einfache elektronische Signatur im Besonderen	296
XI. Die Übermittlung der Berufungsschrift	296
1. Grundsätzliches	296
2. Die beiden zentralen Übermittlungsformen	297
a) Übermittlung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur (qeS) ...	297
b) Übermittlung mit einer einfachen elektronischen Signatur	297
3. Übermittlung per De-Mail	298
4. Telefonische und mündliche Berufungseinlegung	299
XII. Die mehrfache Berufungseinlegung	299
§ 12 Die Berufungsbegründungsfrist	301
A. Grundsätze	301
I. Dauer	301
II. Beginn und Ende	301
1. Grundsätzliches	301
2. Berechnung	301
3. Sonderfälle	301
a) Berichtigung und Tatbestandsberichtigung	301
b) Ergänzungsurteil	302
c) Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	302
d) Sommerpause	302
e) Aufgehobener Verwerfungsbeschluss	302
f) Prozesskostenhilfeantrag	302
g) Mediation	302
III. Wiedereinsetzung	303

Inhaltsverzeichnis

B. Die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist	303
I. Der Verlängerungsantrag	303
1. Vorliegen eines Verlängerungstatbestandes	303
a) Einwilligung des Gegners	303
b) Nichtverzögerung des Rechtsstreits oder Vorliegen erheblicher Gründe	304
2. Formgerechter Antrag → Muster 7	306
a) Schriftlicher Antrag	306
b) Inhalt	306
3. Rechtzeitige Antragstellung	310
II. Die Entscheidung	311
1. Aufschiebende Wirkung des Verlängerungsantrags	311
2. Die Entscheidung	311
a) Zuständigkeit	311
b) Entscheidungsmaßstab	311
c) Umfang der Bewilligung	312
d) Zeitpunkt der Entscheidung	312
e) Form der Entscheidung	313
f) Bekanntmachung der Entscheidung	313
g) Anfechtung der Entscheidung	313
3. Dauer der Verlängerung	314
a) Fristbeginn	314
b) Fristende	314
c) Besonderheiten bei Insolvenzeröffnung	314
III. Bürotechnische Behandlung der Berufungsbegründungsfristverlängerung ...	314
§ 13 Die Berufungsbegründungsschrift	316
A. Die Bedeutung der Berufungsanträge	316
I. Die Doppelfunktion der Berufungsanträge	316
II. Erweiterung der Berufungsanträge	316
B. Die Formalien der Berufungsanträge	317
I. Sachanträge	318
II. Anträge auf Zurückverweisung	320
1. Allgemeiner Zivilprozess	320
2. Arbeitsgerichtsprozess	322
III. Sonstige Anträge	323
1. Kostenanträge	323
2. Vollstreckungsschutzanträge	324
3. Antrag auf Zulassung der Revision	325
4. Stellungnahme zur Übertragung des Rechtsstreits auf den entscheidenden Einzelrichter	326
C. Die Begründung der Berufungsanträge	328
I. Umfang des Berufungsangriffs	329
1. Bei mehreren prozessual selbständigen Ansprüchen	329
2. Bei selbständig entscheidbaren Teilen eines prozessualen Anspruchs	329
3. Bei einheitlichem prozessualen Streitgegenstand	330
a) Berufung des Klägers	330
b) Berufung des Beklagten	331
4. Zweites Versäumnisurteil	332
5. Gemischte Kostengrundentscheidung	332
II. Inhaltliche Anforderungen an die Begründung	332
1. Grundsätzliches	332

Inhaltsverzeichnis

2. Anforderungen an die einzelnen Berufungsrügen	333
a) Angriff gegen die rechtliche Auffassung des Ersturteils (§§ 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 2; 546 ZPO)	333
aa) Grundsätzliches	333
bb) Bezeichnung der Rechtsverletzung	334
cc) Darlegung der Erheblichkeit	338
b) Angriff gegen die tatsächlichen Feststellungen (§§ 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 3; 529 Abs. 1 Nr. 1 ZPO)	338
aa) Rüge der Nichterhebung von Beweisen (Sachaufklärungsrüge)	339
bb) Beanstandung der Beweiswürdigung	340
c) Berufung mit neuen Tatsachen oder Beweisen (§§ 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 4; 531 Abs. 2 S. 1 ZPO)	342
aa) Allgemeiner Zivilprozess	342
bb) Familiengerichtliches Beschwerdeverfahren	342
cc) Arbeitsgerichtsprozess	342
3. Ausführungen zu den Erfolgsaussichten oder zur grundsätzlichen Bedeutung	343
III. Formale Anforderungen an die Begründung	343
1. Disposition und Stil	343
2. Bezugnahmen	345
a) Pauschale ersetzende Bezugnahmen	345
b) Pauschale ergänzende Bezugnahmen	346
c) Konkret ersetzende Bezugnahmen	346
aa) Unzulässige Bezugnahmen	346
bb) Zulässige Bezugnahmen	347
3. „Bitte um Hinweise nach § 139 ZPO“	348
IV. Angabe des Werts des Beschwerdegegenstands	349
V. Die Unterschrift des Berufungsanwalts	349
1. Grundsatz	349
2. Einzelheiten	350
a) Sinn des Unterschriftserfordernisses	350
b) Prüfungsmaßstab	350
c) Beispiele aus der Rechtsprechung	350
VI. Abschriften	351

5. Teil. Verwerfung und Zurückweisung der Berufung

§ 14 Die Verwerfung der Berufung	353
A. Verfahren	353
I. Allgemeiner Zivilprozess	353
1. Verfahren	353
2. Kostenerstattung	353
II. Arbeitsgerichtliches Verfahren	354
B. Anfechtung	354
I. Statthafes Rechtsmittel	354
1. Allgemeiner Zivilprozess	354
2. Arbeitsgerichtliches Verfahren	354
II. Frist	355
1. Allgemeiner Zivilprozess	355
2. Arbeitsgerichtliches Verfahren	355
III. Form	355
1. Allgemeiner Zivilprozess	355

Inhaltsverzeichnis

2. Arbeitsgerichtliches Verfahren	355
IV. Zusammenfassung	355
§ 15 Die Zurückweisung der Berufung	356
A. Gesetzgebungsgeschichte	356
I. Die Entwicklung bis zum ZPO-Reformgesetz von 2002	356
1. Vor 1945	356
2. Nach 1945	357
a) 1945 bis 1989	357
b) 1989 bis 1998	358
II. § 522 Abs. 2 ZPO idF des ZPO-Reformgesetzes	360
III. Die Reform 2011	360
1. Anlass für die Reform	361
2. Das Gesetzgebungsverfahren 2008/2011	363
IV. Fortsetzung und vorläufiges Ende der Diskussion	363
B. Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Fragen	364
C. Die sachlichen Voraussetzungen	365
I. Gebotesein einer mündlichen Verhandlung (§ 522 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 ZPO)	365
1. Fallgruppe 1: Existentielle Bedeutung des Rechtsstreits für den Berufungsführer	365
a) Die Vorstellungen des Gesetzgebers	365
b) Kritik und Interpretation	365
c) Praktische Fragen	367
2. Fallgruppe 2: Notwendigkeit einer Neubegründung des Urteils durch das Berufungsgericht	368
a) Die Vorstellungen des Gesetzgebers	368
b) Kritik und Interpretation	368
3. Terminierung zur Herbeiführung einer gütlichen Einigung	370
4. Zusammenfassende Beurteilung	370
II. Offensichtliche Aussichtslosigkeit (§ 522 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 ZPO)	370
1. Der Sinngehalt des Tatbestandsmerkmals „offensichtlich“ nach den Vorstellungen des Rechtsausschusses	370
2. Interpretationshinweise für die Praxis	371
a) „Offensichtliche Aussichtslosigkeit“ in anderen prozessualen Normen	371
b) Materiales Verständnis des Merkmals „offensichtlich“	371
c) Der Prüfungsaufwand	372
d) Die Qualifikation des Beurteilers	372
e) Der Sonderfall der offenbaren Unrichtigkeit des Ersturteils	373
3. Zusammenfassung	374
III. Grundsätzliche Bedeutung (§ 522 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 ZPO)	374
IV. Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung (§ 522 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 ZPO)	374
V. Sonderkonstellationen	374
1. Teilzurückweisung	374
2. Klageänderung/-erweiterung u. ä.	375
3. Erledigung der Hauptsache	375
4. Bewilligung einer Räumungsfrist	376
D. Das Verfahren	376
I. Meinungsbildung des Gerichts	376
1. Zeitpunkt	376
2. Die grundsätzliche Entscheidung des Berufungsgerichts	378

Inhaltsverzeichnis

II. Der Hinweis nach § 522 Abs. 2 S. 2 ZPO	380
1. Grundsätzliches	380
2. Umfang der Begründung	381
3. Länge der Äußerungsfrist	381
4. Zustellung des Hinweises	383
III. Die Reaktion des Berufungsführers	384
1. Grundsätzliches	384
2. Taugliche Reaktionsmöglichkeiten	384
a) Hinweisreplik → Muster 9	384
b) Berufungsrücknahme	385
3. Nicht zielführende Reaktionen	385
a) Ablehnung der Richter wegen Besorgnis der Befangenheit	385
b) Unterlassen einer Stellungnahme	386
IV. Der Zurückweisungsbeschluss	386
E. Anfechtbarkeit	387
I. Rechtsmittel	387
1. Anfechtung der Hinweisverfügung oder des Hinweisbeschlusses	387
2. Anfechtung des Zurückweisungsbeschlusses	388
a) Wert der Beschwer bis zu 20.000 EUR	388
b) Wert der Beschwer über 20.000 EUR	388
II. Sonstige Rechtsbehelfe	388
1. Gehörsrüge	388
a) Statthaftigkeit	388
aa) Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	388
bb) Kein anderweitiges Rechtsmittel	389
b) Frist und Form	389
c) Inhalt	390
d) Entscheidung	390
e) Anfechtung	390
2. Gegenvorstellung	390
3. Restitutionsklage	391
4. Verfassungsbeschwerde	391
F. Kosten	391

6. Teil. Die Verteidigung des Berufungsbeklagten

§ 16 Die Berufungserwiderung	393
A. Notwendigkeit einer Berufungserwiderung	393
B. Berufungserwiderungsfrist	394
C. Form und Inhalt der Berufungserwiderung → Muster 10	395
§ 17 Die Anschlussberufung	396
A. Grundsätzliches	396
I. Systematik, Rechtsnatur und Zweck	396
II. Anschließungsberechtigter	396
III. Beschwer, Rechtsschutzbedürfnis und Wert des Beschwerdegegenstandes ...	397
1. Beschwer und Rechtsschutzbedürfnis	397
2. Wert des Beschwerdegegenstandes	397
B. Typische Anwendungsfälle	398
I. Allgemeiner Zivilprozess	398
II. Arbeitsgerichtsverfahren	401
1. Weiterverfolgung eines erstinstanzlichen Auflösungsantrags	401

Inhaltsverzeichnis

2. Erstmaliger Auflösungsantrag in zweiter Instanz	401
III. Familiengerichtliches Verfahren	402
C. Formalien	402
I. Form → Muster 11	402
II. Frist	403
1. Grundsatz	403
a) Allgemeiner Zivilprozess	403
aa) Fristdauer	403
bb) Verlängerung und Wiedereinsetzung	404
cc) Erweiterung oder Änderung des Antrags	404
b) Arbeitsgerichtsprozess	404
2. Sonderfälle	405
a) Eintritt oder Veränderung anschlussberechtigender Umstände nach Ablauf der Anschlussberufungsfrist	405
b) Auflösungsantrag im Kündigungsschutzprozess	405
III. Hilfsanschlussberufung	405
IV. Begründung	406
1. Zeitpunkt	406
2. Inhalt	407
a) Antrag	407
b) Begründung	407
D. Kosten	408
I. Verwerfung oder Zurückweisung der Hauptberufung	408
II. Verwerfung oder Zurückweisung der Anschlussberufung	409
III. Verwerfung oder Zurückweisung von Haupt- und Anschlussberufung	409
IV. Rücknahme oder Erledigung der Hauptberufung oder Vergleich im Verfah- ren über die Hauptberufung	410
1. Rücknahme der Hauptberufung vor Einlegung der Anschlussberufung ..	410
2. Rücknahme der Hauptberufung nach Einlegung der Anschlussberufung	410
3. Erledigterklärung der Hauptsache	411
4. Vergleich im Verfahren über die Hauptberufung	411

7. Teil. Die Berufungsverhandlung

§ 18 Die Vorbereitung der Verhandlung durch das Gericht	413
A. Terminierung	413
B. Rechtliche Hinweise	413
§ 19 Der Ablauf der Verhandlung	415
A. Grundsätzliches	415
B. Die anwaltliche Vorbereitung der Verhandlung	416
I. Die inhaltliche Vorbereitung	416
II. Die formale Vorbereitung	417
§ 20 Das Versäumnisverfahren	418
A. Risiken einer „Flucht in die Säumnis“	418
I. Risiken für den berufungsführenden Kläger	418
1. Die Sperrwirkung des zweitinstanzlichen Versäumnisurteils	418
2. Die Säumnis im Wettbewerbsprozess	4139
II. Risiken für den Beklagten	419
B. Der Verfahrensgang	419
C. Gebührenrechtliche Hinweise	420

8. Teil. Besondere Formen der Verfahrensbeendigung	
§ 21 Der Berufungsverzicht	421
A. Der Berufungsverzicht gegenüber dem Gericht (§ 515 ZPO)	421
B. Der außergerichtliche Berufungsverzicht	423
§ 22 Die Berufungsrücknahme	424
A. Abgrenzungen	424
I. Berufungsrücknahme und Klagerücknahme	424
II. Berufungsrücknahme und Berufungsverzicht	424
III. Berufungsrücknahme und Erledigterklärung	424
B. Verfahren	425
I. Form der Rücknahme	425
II. Zeitpunkt	426
III. Zustimmung seitens des Gegners	426
IV. Wirkung der Berufungsrücknahme	426
V. Kostenfolge	427
VI. Die gerichtliche Entscheidung	427
1. Anwendungsbereich	427
2. Bekanntgabe.....	427
3. Korrektur und Anfechtbarkeit	428
C. Gebührenrechtlicher Hinweis	428
§ 23 Das Anerkenntnis	429
§ 24 Die Erledigung	430
A. Die Erledigung der Hauptsache	430
I. Erledigendes Ereignis zwischen den Instanzen	430
1. Ausgangslage	430
2. Zulässigkeit einer Berufung zur einseitigen Erklärung der Erledigung	431
II. Erledigendes Ereignis nach Einlegung der Berufung	431
III. Verfahren	431
B. Die Erledigung der Berufung	432
I. Zulässigkeit der Erledigterklärung	432
II. Fallgruppen	432
III. Verfahren	433
§ 25 Der Prozessvergleich	434
A. Typische Regelungsmöglichkeiten	434
I. Regelungen der Hauptsache	434
II. Widerrufs- und Bestätigungsvorbehalt	438
1. Widerrufsvorbehalt	438
a) Der Adressat	438
b) Die Form	439
c) Die Frist	440
2. Bestätigungsvorbehalt	441
III. Die Form des gerichtlichen Vergleichs	441
B. Kosten- und Gebührenfragen	442
I. Kosten	442

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätzliches	442
a) Die Grundnorm des § 98 ZPO	442
b) Möglichkeiten der Minimierung der Kostenlast	442
2. Sonderfälle	443
a) Beteiligung von Rechtsschutzversicherungen	443
b) Beteiligung einer prozesskostenhilfeberechtigten Partei	445
aa) Kostenhaftung der prozesskostenhilfeberechtigten Partei	445
bb) Kostenhaftung der nicht prozesskostenhilfeberechtigten Partei	445
c) Berufungsrücknahme aufgrund eines Vergleichs	446
II. Gebühren	446
C. Haftungsrechtliche Hinweise	447

9. Teil. Die Vorbereitung der Revision

Anhang: Muster	451
Sachverzeichnis	475


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG